

Wiederherstellung der Wertneutralität des Rentenrechts

Von Herbert Kranz, Mitglied des Vorstandes

Ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl ist es sicher nicht zu früh um nachzufragen, was denn die Bundestagsparteien im letzten Jahr unternommen haben, um ein einheitliches Rentenrecht in Deutschland herzustellen und welchen Standpunkt sie zu diesem Problem vertreten.

Angesichts der kommenden Wahlen erklärte die Bundeskanzlerin, dass sie eines der wichtigen Probleme in der »Chefsache Ost«, nämlich die Ost-West-Angleichung der Renten, noch in dieser Legislaturperiode »angehen« wolle. Eine Bilanz aus heutiger Sicht zeigt allerdings, dass sich kaum etwas geändert hat.

Nach dieser Ankündigung der Kanzlerin gibt es in den Regierungsparteien verschiedene sehr widersprüchliche Meinungen zu diesem Thema. Jüngste Wortmeldung aus dem Regierungslager kam von Wolfgang Tiefensee, Bundesminister auch für den Aufbau Ost. Er will bis 2019 stufenweise ein gleiches Rentenniveau in Ost und West erreichen. Das wäre 30 Jahre nach Herstellung der »Einheit« Deutschlands! Nach Medienberichten strich ihm das die Kanzlerin aber aus dem Entwurf des Berichtes zur deutschen Einheit.

Wie ernst es der CDU selbst mit der Herstellung der Rentengerechtigkeit ist, kann man im Antrag ihres Bundesvorstandes an den 22. Parteitag am 1./2. Dezember 2008 in Stuttgart unter dem Titel: »Geteilt. Vereint. Gemeinsam: – Perspektiven für den Osten Deutschlands –« nachlesen. Oder besser, man kann es nicht nachlesen, denn diese Frage ist in dem mehr als 25-seitigen Papier überhaupt nicht erwähnt. Dort steht lediglich: »Das gesetzliche Rentensystem hat sich auch in Ostdeutschland bewährt. Die umlagenfinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist gegenwärtig die wichtigste Form der Alterssicherung. Sie wird aber künftig nicht den gewohnten Lebensstandard im Alter sichern können.« Ein Vorschlag, wie denn die Partei der Kanzlerin das Problem nun »angehen« will, ist jedenfalls daraus nicht zu erkennen. Diese hatte zuvor die Abgeordneten ihrer Fraktion aufgefordert, eine Liste der noch zu lösenden Einigungs-

probleme zusammenzustellen. Ende Januar 2008 hieß es aus dem Bundeskanzleramt, die Regierung und die Regierungsfraktionen hätten ihre Prüfung in dieser Sache noch nicht abgeschlossen. Im Juni wurde wegen der »Liste« mit den Vereinigungsproblemen nachgefragt. Die Kernaussage der fünfzeiligen Antwort war: »Es geht hier um eine gesamtstaatliche Verantwortung, die sich nicht auf einzelne zu lösende Probleme oder Listen reduzieren lässt.«

Die Position der SPD ist in mehreren Antwortschreiben der SPD-Bundestagsfraktion, darunter an den Präsidenten des OKV, Prof. Dr. Mechler, dargelegt. Darin wird erklärt, dass in Rentenfragen eigentlich gar nichts geht. Die ausgesetzten Stufen der Riester-Treppe sollen 2012/2013 wieder nachgeholt werden. Damit käme auch der geplante Anstieg der Rente 2009 (Der Spiegel verbreitete bereits, dass es 2,75 % sein sollen) wieder unter den Hammer. Aber es gibt auch die Ankündigung des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, eine Bundesratsinitiative zur Rentenfrage in Gang setzen zu wollen. Die wird allerdings vom SPD-geführten Bundesarbeitsministerium abgelehnt. Bei der SPD wird das Thema Rentenangleichung derzeit also auch noch nicht ernsthaft behandelt. Sie verhält sich wie immer: Für Dinge, die man nicht versprochen hat, kann man hinterher auch nicht in die Pflicht genommen werden. Leider gilt das bei der SPD auch für das, was man versprochen hat.

Die FDP Bundestagsfraktion will einen Antrag: »Für ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West« in den Bundestag einbringen. **ISOR aktuell** berichtete im August 2008 ausführlich darüber. Wir begrüßen jeden ernst gemeinten Vorschlag, der dazu beitragen könnte, ein einheitliches Rentenrecht in Deutschland zu schaffen. Insofern ist der Antrag der FDP ein Anfang. Leider beinhaltet er aber eine Reihe von Ungereimtheiten. Man will zwar ein einheitliches Rentenrecht schaffen, aber durch umstrittene Veränderungen in den Berechnungsgrundlagen würden Rentner mit Erwerbsbiografien

aus dem Osten weiterhin benachteiligt. Insofern gibt es auch hier keine wirklich brauchbaren Lösungsvorschläge für das Problem.

Auch der Bundesvorstand von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN beschäftigt sich mit dem Problem Renten in Deutschland. Unter der Überschrift: »Armut im Alter?« hatte er zu einer rentenpolitischen Tagung am 6.9.08 eingeladen. ISOR war durch ihren Pressesprecher vertreten. Das Thema »Ost-Renten« kam schon in der Einladung nicht vor. Dort hieß es, dass »... wichtige Ansätze der Diskussion für ein nachhaltiges und generationsgerechtes Rentensystem fachlich fundiert vorgestellt werden sollen und mit Hilfe namhafter Experten gemeinsam diskutiert werden soll«. Den Hauptvortrag dort hielt Prof. Dr. Bert Rürup. Mehr ist wohl dazu nicht zu sagen. Probleme der Rentner im Osten kamen darin jedenfalls nicht vor, weshalb sich eine Bewertung erübrigt.

Nach dieser ernüchternden Bilanz setzten wir unsere Hoffnung auf eine politische Lösung des Problems der Rentenangleichung nur auf die Partei DIE LINKE. Ihre Fraktion hatte dem Bundestag bereits im Vorjahr einen Vorschlag zur Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West vorgelegt (Drucksache 16/6734 vom 18. Oktober 2007). Er sah eine schrittweise Anhebung des ostdeutschen Rentenwertes vor. Bis spätestens 2012 sollte die Angleichung erfolgt sein.

Am 7. November 2007 hat DIE LINKE erneut 17 Anträge zu den vielfältigen offenen Problemen der Rentenüberleitung eingereicht (Drucksachen 16/7019 bis 16/7035). Unaufgefordert hat Gregor Gysi diese Anträge an Kanzlerin Angela Merkel übersandt. Die Behandlung der Anträge soll nun in den Ausschüssen erfolgen. DIE LINKE bleibt offensichtlich zunächst die einzige Kraft, die sich für die Wiederherstellung der Wertneutralität des Rentenrechts in Deutschland einsetzt. Sie fordert die Abschaffung des Missbrauchs von Rentenrecht als politisches Strafrecht, also von Sanktionen, die durch willkürliche Eingriffe in die Rentenformel vorgenommen wurden. Dazu gehören derzeit immer noch ausgewählte Beschäftigungsgruppen des Partei- und Staatsapparates der DDR sowie alle vormaligen MfS-Angehörigen.

18 Jahre nach der Herstellung der deutschen Einheit und angesichts der ständig steigenden Lebenshaltungskosten sollte es geboten sein, in der Rentenfrage sofort zu handeln. Dass schnell gehandelt werden kann, hat das Vorgehen der Regierung in der Bankenkrise – also in eigener Sache – gezeigt. Regierungsverantwortung sollte für alle Bürger gleichermaßen wahrgenommen werden, und auch der Gleichheitsgrundsatz sollte für alle gelten. Mit einem erneuten Gang vor das Bundesverfassungsgericht zur Beseitigung des Rentenstrafrechts wird das Verfassungsprinzip der Gleichheit der Bürger in diesem Land erneut auf den Prüfstand gestellt. Innere Einheit als politisches Ziel der Parteien erfordert auch Gerechtigkeit in sozialen Fragen. Dafür tragen alle Parteien Verantwortung. ■



Aus unseren TIG



Erstmalig führten die Landesbeauftragten Brandenburg, Gerd Röseberg, und Berlin, Dr. Gerhard Dylla, am 01.10.2008 in Berlin eine gemeinsame Funktionärskonferenz durch. Über 150 Mitglieder aus den Vorständen der TIG, Betreuer, Vertreter aus den Arbeitsgruppen Recht und Finanzen sowie die Beiratsmitglieder aus den beiden Ländern vertraten immerhin ca. 11.000 Mitglieder von ISOR.

Der Projektleiter des sozialwissenschaftlichen Gutachtens informierte umfassend und überzeugend über die im Gutachten vorgelegten Analysen und beweisfähigen Ergebnisse, (siehe auch Leitartikel von Bleiberg/Rothe in **ISOR aktuell** 10/08).

Anschließend sprach Dr. Rainer Rothe über die sich aus diesem Gutachten ergebenden juristischen Argumentationen und eingeleiteten Schritte gegenüber den Gerichten.

Der Schatzmeister Peter Speck äußerte sich zur finanziellen Lage zentral sowie zu Problemen der auf der Beratung vertretenen TIG aus Brandenburg und Berlin.

Die Vorträge waren eng miteinander verknüpft und vermittelten den Anwesenden wichtige Fakten, Erkenntnisse und Hinweise für die weitere Arbeit. Daher werden die Teilnehmer der Konferenz in den nächsten Wochen eine gründliche Auswertung in ihren Bereichen vornehmen.

Übereinstimmend konnte zum Schluss der dreistündigen Beratung festgestellt werden:

Mit den vorgetragenen Beweismitteln und den juristischen Schritten sind wir gut gewappnet, den vor uns stehenden Kampf gegen das Rentenstrafrecht mit Optimismus und Tatkraft forsetzen zu können.

Der Erfolg dieser Form der Informationsübermittlung wird die beiden Landesbeauftragten dazu veranlassen, im nächsten Jahr zu gegebenem Anlass eine analoge Konferenz einzuberufen.

Dr. Gerhard Dylla



Der Wind peitschte an diesem 30.09. den Regen durch die Straßen von **Schwerin** und einige der Ersteingetroffenen äußerten Bedenken, dass nicht viele Vereinsfreunde den Weg zur Versammlung wagen werden. Und dann reichten die Plätze im Saal des »Lindengarten« nicht aus, und es wurden schnell Stühle aus dem Hinterraum herbeigeschafft, damit auch unsere Gäste, die TIG-Vorsitzenden der umliegenden Kreise, einen Platz fanden.

Unser Thema der Versammlung: »Wie realistisch ist es, unseren Kampf für mehr Rentenrechte im voraussichtlich letzten Kampfab-

schnitt erfolgreich zu beenden« trug sicherlich auch dazu bei.

Das Mitglied des Vorstandes der ISOR und Landesbeauftragte für M/V Siegfried Felgner zeichnete in seinen Ausführungen sachlich und komprimiert den Kampf von ISOR von Anbeginn bis Heute mit den Schwierigkeiten und Erfolgen nach. Die meisten Anwesenden kannten die Fakten, in dieser geballten Form jedoch wurde die gigantische Arbeit unserer Vereinsmitglieder wieder erlebbar. Den Dank des Vorstandes von ISOR sprach er insbesondere den Vorständen der TIG, den Mitgliedern der Arbeitsgruppen sowie den Betreuern für die bisherigen Leistungen aus. Neben dem Erfreulichen wurden aber auch Unzulänglichkeiten offen angesprochen, die oftmals die Termintreue und vereinzelt die Passivität und Zweifel von Vereinsfreunden betreffen.

Selbstverständlich lag der Schwerpunkt der Ausführungen und der anschließenden Diskussion auf der zukünftigen Arbeit, auf dem Austausch von Erfahrungen, Anregungen und Hinweisen zur Verbesserung unserer Arbeit. Siegfried Felgner unterstrich, dass wir den Kampf in zwei Richtungen konsequent forsetzen werden – juristisch auf der Grundlage neuer Tatsachen in Gutachten und den Forderungen der Klageverfahren sowie sozial-politisch im verbesserten Zusammenwirken mit den anderen Sozialverbänden des Territoriums gegen weiteren Sozialabbau und für mehr Rentenrechte. Er erläuterte die neuesten der in Leipzig gefassten Beschlüsse des Vorstandes von ISOR zum Stand des juristischen Weges unseres Kampfes.

Der Vorsitzende der TIG Wismar, Frieder Rosada, schilderte eindrucksvoll die erfolgreichen Maßnahmen zur Gewinnung von neuen Mitgliedern – »ein bloßer Appell reicht nicht aus, sondern nur ernsthafte, einfühlsame Gespräche führen zum Ziel«.

In bewegenden Worten appellierte unser Vorsitzender Lothar Voigt in seinen Schlussbemerkungen an alle Mitglieder, in unserem Kampf nicht nachzulassen, sondern noch engagierter unsere Positionen juristisch und politisch im entscheidenden Kampfabschnitt zu vertreten. Nachdenklich, zuversichtlich und mit dem guten Gefühl, dass wir als Gemeinschaft von Gleichgesinnten unser Ziel auch real erreichen können, gingen wir nach Hause. Es hatte aufgehört zu regnen, und aus den Wolken blinzelten uns einige Sonnenstrahlen zu, als wollten sie sagen: Weiter so – ihr werdet siegen!«

Manfred Jonischkies



Aus der Arbeit des Vorstands:

Der Vorstand informierte sich über den Stand der Einführung des sozialwissenschaftlichen Gutachtens in die Klageverfahren bei den Sozialgerichten.



Der Bericht der Revisionskommission für den Zeitraum vom 01.01.2008 bis 30.06.2008 wurde vom Vorstand zur Kenntnis genommen. Er bestätigt erneut die insgesamt ordnungsgemäße Arbeit im Finanzbereich von ISOR und die solide finanzielle Basis für die Fortführung unseres Kampfes.



Die Landesbeauftragten berichteten über die territorial differenzierte Zusammenarbeit mit Politikern auf Landesebene sowie mit anderen Verbänden und Vereinen. Mit besonderem Interesse weiter verfolgt und aktiv unterstützt werden Bestrebungen verschiedener politischer Kräfte und Sozialverbände zur Angleichung der Rentenwerte Ost an West. Voraussichtlich wird diese Frage im Wahlkampf 2009 an Bedeutung gewinnen.

Wo stehen wir, und wie geht es weiter im Ringen um die Beseitigung des Rentenstrafrechts? Eine immer wieder gestellte Frage unserer Mitglieder, die es in unserer gemeinsamen Versammlung der TIG's von **Berlin-Treptow** und **Köpenick** am 18.10. weitgehend zu beantworten galt. Eingangs sei noch einmal verdeutlicht, welche Hürde es zu nehmen gilt, wenn es in der Begründung zum Beschluss des BVerfG vom 22.06.2004 zum §7 des AAÜG u.a. heißt: »Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts durfte der Gesetzgeber für das MfS/AfNS davon ausgehen, dass in diesem Bereich deutlich überhöhte Entgelte gezahlt wurden ... Die Vergütungs- und Versorgungsordnung des MfS/AfNS fügte sich in das Gesamtkonzept der Selbstprivilegierung dieses Staatsbereichs ein ...« und weiter: »Eine erneute verfassungsgerichtliche Überprüfung der Vorschrift des § 7 Abs. 1 AAÜG ist zulässig, sofern neue rechtserhebliche Tatsachen gegen die tragenden Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts vorliegen, die eine andere Entscheidung rechtfertigen können.« Wie sich unser Sozialverein auf diesen Schritt vorbereitet, dazu sprach zu uns der Vorsitzende von ISOR, unser Freund Horst Parton. Mit dem erstellten sozialwissenschaftlichen Gutachten, so machte er es an mehreren Beispielen deutlich, wurden die zum Ablehnungsbeschluss von 2004 oben zitierten Begründungen mit dem

>>> Fortsetzung auf Seite 3

von staatlichen Stellen der BRD zur Verfügung gestellten Datenmaterial und seiner akribisch, langwierigen und fundierten Aufarbeitung, wissenschaftlich hinterfragt und neue Erkenntnisse formuliert, die die jetzt gültige 1,0-Begrenzung nach § 7 nicht rechtfertigen. Mit diesem Gutachten muss der Weg nach Karlsruhe erneut gegangen werden. Doch sollten wir keine Illusionen haben, dass damit schon alle Hürden genommen sind.

Was wir im Weiteren dafür tun können? Den angekündigten Sammelpetitionen werden wir mit der größtmöglichen Anzahl von Unterschriften einen kräftigen Impuls geben. Gegenüber den Ost-Bundestagsabgeordneten müssen in möglichst vielen und ganz persönlichen Schreiben die Forderung formuliert werden, sich dafür einzusetzen, dass dem unsäglichen Zustand der Rentenungerechtigkeit zwischen Ost und West, einschließlich unserer speziellen Benachteiligung, nach nahezu 19 Jahren staatlicher Einheit endlich ein Ende gesetzt wird. Auch unserer Vereinssolidarität ist weiteres Augenmerk zu widmen. Gegenseitige Unterstützung in jedweder Form, die Gewinnung neuer Mitglieder bei den bisher Abseitsstehenden und den rentennahen Jahrgängen sowie eine geduldige Unterhaltung mit denen, die aus vielerlei Gründen den ISOR-Austritt beabsichtigen, dürften wohl vornan stehen.

Solidarität zeigten alle Versammlungsteilnehmer mit Kuba und sammelten 802 Euro für den Solidaritätsfond von »Cuba si«.

Helmut Holfert

★

Am 11.10.08 führte unsere TIG **Suhl** (angeschlossen die Kreise **Meiningen** und **Ilmenau**) eine Versammlung durch. Von unseren Mitgliedern waren 100 anwesend. Teilgenommen haben auch der Landesbeauftragte der ISOR für Thüringen Willi Becker, der Leiter der Koordinierungsgruppe von Vereinen und Verbänden der Stadt Suhl Dr. Hans Arway, der Vorsitzende der GRH der Stadt Suhl Harry Beuthner, das Beiratsmitglied Walter Menz sowie der Vorsitzende der TIG Bad Salzungen/Schmalkalden Lothar Luck.

Die Ausführungen unseres Vorsitzenden Gerhard Neupert beinhalteten vorrangig den derzeitigen Stand des Kampfes von ISOR um die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechtes. Dazu stützte er sich auf die uns vorliegenden Informationen des Vorstandes von ISOR.

Er ging dabei auch ein

- auf die zurzeit verstärkte Kampagne gegen alle Vereine und Verbände Ostdeutschlands, die sich gegen Verleumdung und Hetze der Herrschenden zur Wehr setzen,
- auf die immer weiter wachsende Altersarmut, vor allem der Rentner im Osten Deutschlands,

➤ sowie auf die unberechtigte Ungleichheit des Rentenwertes Ost gegenüber dem Rentenwert West, –

und würdigte den gemeinsamen Kampf der Vereine und Verbände in Ostdeutschland, darunter in der Stadt Suhl.

Unser Vorsitzender machte die Anwesenden eindringlich darauf aufmerksam, dass wir in unserem Bestreben um Rentengerechtigkeit nicht hoffnungslos sind, dass es aber weiter viel Geduld, Beharrlichkeit und weitere gemeinsame Anstrengungen braucht, sowohl im juristischen als auch im politischen Bereich unseren gerechten Kampf erfolgreich zu Ende zu führen.

Bis zum Zeitpunkt der Versammlung konnten in diesem Jahr 30 neue Mitglieder gewonnen werden. Er betonte aber, trotz aller Erfolge unserer TIG die unbedingte Notwendigkeit der Gewinnung weiterer Mitglieder, die sich unserem Kampf anschließen.

Er sprach den Dank an alle Mitglieder für ihre Beharrlichkeit und Solidarität aus und würdigte die Haltung ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe der DDR, die nicht mehr dem Rentenstrafrecht unterliegen, aber noch solidarisch zu ISOR stehen. Den in Suhl tätigen Vereinen und Verbänden dankte er für ihre Solidarität und sicherte die weitere konstruktive und solidarische Mitarbeit von ISOR zu, besonders im Kampf gegen den weiteren Abbau der sozialen Rechte von Bürgern.

Als Solidaritätsbeweis nicht nur für unsere eigenen Anliegen, sondern auch für uns nahestehende von großer Not betroffene Menschen wurden durch die Anwesenden für das durch mehrere Hurrikans schwer geschädigte Kuba über 750 Euro gespendet, die über die Partei DIE LINKE den Betroffenen zur Verfügung gestellt werden.

Günther Traut

★

Der Vorsitzende der TIG **Greifswald** Dr. Eberhard Pobbig konnte zu unserer Mitgliederversammlung am 21. Oktober 25 Mitglieder und als Gast Dr. Rainer Rothe, Mitglied des Vorstandes, begrüßen. In seinen einleitenden Ausführungen stellte er u.a., fest, dass sich unsere TIG nach wie vor als funktionsfähiger und gefestigter Teil unserer Solidargemeinschaft darstellt. Geringe Austritte und Todesfälle konnten durch neue Mitglieder bzw. Zuzüge weitgehend ausgeglichen werden. Für gesundheitsbedingt ausscheidende Funktionsträger wurden Nachfolger gewonnen.

Dr. Rothe gab dann einen informativen Überblick über den Stand der Vorbereitung eines neuen Verfahrens beim Bundesverfassungsgericht zur Eliminierung des berüchtigten § 7 AAÜG, das mit dem nunmehr vorliegenden sozialwissenschaftlichen Gutachten zur Einkommensstruktur im ehemaligen MfS zum Er-

folg geführt werden soll. Dabei zeigten sich die Versammlungsteilnehmer besonders beeindruckt von der ungeheuren Menge von Datensätzen, die zu verarbeiten und auszuwerten waren. Dr. Rainer Rothe verwies auf die noch zu bewältigenden Hindernisse auf dem Weg nach Karlsruhe und lobte die solidarische Haltung der anwesenden TIG-Mitglieder, die nicht mehr direkt von der Strafrete betroffen sind.

In der lebhaften Aussprache brachten mehrere Mitglieder eben diese ihre Solidarität und ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, bis zum erfolgreichen Abschluss der Verfahren weiter zu kämpfen, was auch den Einsatz für die Beseitigung aller anderen Rentenungerechtigkeiten und Lücken im Rentenrecht für ehemalige DDR-Bürger einschließt.

Dr. Rothe erinnerte in diesem Zusammenhang an den entsprechenden Antrag der LINKEN, der vor einem knappen Jahr in den Bundestag eingebracht wurde und dort bekanntlich noch immer einer Behandlung im Plenum bedarf. Auch Mitglieder unserer TIG hatten sich Anfang 2008 mit Petitionen an dieser Aktion beteiligt.

Dr. Walter Schelske

★

Am 25.10.08 fand die Gesamtmitgliederversammlung der TIG **Rostock** statt. Wichtigster Tagesordnungspunkt waren die Ausführungen des Vorsitzenden von ISOR Horst Parton. Grund genug, dass Mitglieder von umliegenden TIG aus Mecklenburg/Vorpommern als Gäste an unserem Treffen teilnahmen.

Die Ausführungen über die bisherige umfangreiche Arbeit zur Informationsbeschaffung und deren Aufbereitung als Grundlage für das sozialwissenschaftliche Gutachten führte uns noch einmal vor Augen, welche Hindernisse bis jetzt überwunden werden mussten und wie die Ministerialbürokratie dieser Bundesrepublik sich immer wieder neue Schikanen ausdachte, um uns entsprechende Datensätze für das Gutachten vorzuenthalten. Trotz dieser Widerstände ist es gelungen, aussagefähige Informationen über die Einkommensverhältnisse im MfS als Vergleichsgrundlage zur Volkswirtschaft der DDR, zum Ministerium des Innern und zur Nationalen Volksarmee zu erschließen. Horst Parton setzte sich auch mit den Verleumdungen der CDU gegen die DDR und insbesondere gegen die Staatssicherheit auseinander und machte darauf aufmerksam, dass die Angriffe und Verleumdungen in der nächsten Zeit zunehmen werden.

Die Worte unseres Gastes und sein Optimismus stimmen uns zuversichtlich für die weitere Arbeit in der TIG Rostock.

Horst Zöllick

★

>>> Fortsetzung auf Seite 4

Im September führte die TIG **Merseburg** ihre Mitgliederversammlung durch. Begrüßt wurden das Beiratsmitglied Peter Breinig und der Landesbeauftragte Dieter Wittstock.

In den Ausführungen des TIG-Vorsitzenden kam u.a. zum Ausdruck, dass die Gewinnung neuer Mitglieder zielstrebig in Angriff genommen wurde. Das Ergebnis ist, es wurden im Monat September vier neue Mitglieder gewonnen. So mit erreichten wir den höchsten Mitgliederstand seit der Gründung 1991. Zwei langjährige Mitglieder sind in diesem Jahr verstorben, und die Witwen wurden als neue Mitglieder aufgenommen, denn sie wollen die Arbeit ihrer Männer fortführen. Der Erfolg konnte erreicht werden, da wir den Vorschlag der TIG Suhl/Meiningen für unsere TIG präzisiert und 29 Ehemalige angeschrieben haben, um sie mit der ISOR-Arbeit bekannt zu machen. Auch einzelne Mitglieder haben sich dafür eingesetzt, bekannte Ehemalige anzusprechen, um sie erfolgreich als Mitglied zu gewinnen. So erhält ein Teil der Ehemaligen für kurze Zeit ISOR-aktuell zugesandt.

Um unsere Mitglieder über die inhaltlichen Probleme unseres aktuellen Kampfes umfassend zu informieren und sie zu mobilisieren, wurde eine gemeinsame Informationsveranstaltung besucht. Die TIG Weißenfels als Organisator hatte dazu eingeladen.

Als Referent wurde hier Dr. Rainer Rothe begrüßt. In seinen sehr verständlichen Darlegungen und seinem optimistischen Ausblick hat er uns allen die Zuversicht gestärkt für einen erfolgreichen juristischen Weg mit den erarbeiteten Gutachten. Kampfkraft und die Mitgliederstärke sind die entscheidenden Grundlagen für unseren erfolgreichen juristischen und politischen Kampf zur Beseitigung des Rentenstrafrechts.

Ein Schreiben und eine Nachfrage an die Abgeordnete Frau Irmgard Schewe-Gerigk (B90/Die Grüne) zu der Problematik aktueller Rentenwert und ihre Ausführungen gegenüber dem MfS blieben bis heute unbeantwortet.

Wolfgang Claus

★

Der Mensch braucht einen Anstoß

Die Ausgabe 9/2008 macht mit dem Vorhaben vertraut, dass künftig das OKV Nachrichten übermitteln wird. Aus der Sicht sicherlich nicht nur unserer TIG in **Neubrandenburg**, eine hochlöbliche Sache. So wird nicht nur die Breite der Informationen qualifiziert, sondern das Hauptziel stärker verfolgt: Die Zusammenarbeit der territorialen Strukturen. Wie in vielen anderen Fällen, zumindest liest sich das in ISOR aktuell immer wieder so, sind auch wir natürlich bestrebt, den Schulterschluss mit den befreundeten Vereinen/Verbänden und weiteren politischen Akteuren enger zu gestalten. Dazu dienen nicht nur Austausche zu Veranstaltungen

und gegenseitige Einladungen zu diesen, sondern auch die praktische Umsetzung. Sie ist es, die zu Erfolg führt. So haben die regionalen Gruppen von ISOR und der GRH am 15. August 2008 eine gemeinsame Fahrt mit der »Mudder Schulten« auf dem herrlichen Tollensesee durchgeführt. Das hat nicht nur dazu beigetragen, das Fahrgastschiff besser auszulasten, sondern die Mitglieder unserer beiden Vereine kamen sich näher. Im Mittelpunkt stand diesmal nicht die »große Politik«, sondern der Gedankenaustausch zu Fragen des täglichen Lebens, um nicht zu sagen, das Gespräch miteinander. Dennoch wurde nicht vergessen, dass wir in einem Sozialverein organisiert sind. Die Klammer gewissermaßen für den engeren Schulterschluss ist der gemeinsame Kampf gegen Sozialabbau, Ausgrenzung der Älteren, Benachteiligung der ehemaligen DDR-Bürger und nicht zuletzt auch gegen Rentenungerechtigkeit und Strafrente.

So verstehen wir das Anliegen des OKV auch für uns in der Region – enger und kameradschaftlicher zusammen zu arbeiten, ohne die Eigenständigkeiten zu verwischen. Wären wir nicht mehr als nur dumm, würden wir nicht die Möglichkeiten eines gemeinsamen Kampfes auch gemeinsam nutzen? Auch hier gilt: Gemeinsam sind wir stärker! In unserem Vorstand gibt es darüber Klarheit, dass wir noch in diesem Herbst eine neue Qualität der Zusammenarbeit mit den befreundeten Strukturen beginnen werden. Inzwischen hat es ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der GBM gegeben. Wir ließen offene Türen ein und kamen ganz schnell auf den Punkt: Die GBM wird an die territorialen Strukturen von GRH, ISOR, Volkssolidarität und RotFuchs einen Brief schreiben, in dem eine neue Qualität des Kontaktes und der Zusammenarbeit vorgeschlagen wird. Möglicherweise noch in der zweiten Hälfte November könnte eine Zusammenkunft der Vorstände oder der Vorsitzenden stattfinden. Die GBM lädt dazu ein. Nach unserer Auffassung könnte das der Beginn einer neuen Qualität sein. Selbstverständlich stünde dieser Kreis der befreundeten Vereine/Verbände auch anderen Kräften offen.

Karl-Wilhelm Wolff

★

Das inzwischen achte **Altmarktreffen** am 18.10.2008 vereinte wieder über 90 Mitglieder und Gäste in dem Bestreben, im Kampf um soziale Gerechtigkeit, nicht nachzulassen. Mit großem Interesse verfolgten die Anwesenden die Ausführungen des stellvertretenden Vorsitzenden von ISOR, Prof. Dr. Horst Bischoff. Da der Tod immer wieder Lücken in unsere Reihen reißt, ist es wichtig, sich um die Hinterbliebenen zu kümmern, das sind wir unseren verstorbenen Mitstreitern schuldig. Freude löst aus, wenn es zum Wiedersehen mit von außerhalb angereisten Freunden aus gemeinsamer Dienst-

zeit kommt. Der Unterzeichner traf z.B. einen Bekannten nach 43 Jahren wieder. Beim anschließenden Tanz hielt es selbst über 90jährige nicht auf den Plätzen.

Leider konnte keiner der drei Abgeordneten des Bundestages aus dem Wahlkreis unserer Einladung folgen. Sicher wird es beim 9. Treffen, welches am 20.06.2009 vorgesehen ist, anders sein. Unsere Freunde sollten sich diesen Termin schon vormerken. **Helmut Stefan**

★

Wir machen nicht mobil, wir sind es!

Im Juli dieses Jahres las ich in einem sich »Volkszeitung« nennenden Tageblatt die »alarmierende« fette Überschrift eines Artikels »Stasi-Rentner machen mobil«. Zur Be(ruhigung des Autors – er hat hier die Qual der persönlichen Wahl – möchte ich über eine wunderbare Reise von ISOR-Mitgliedern der TIG Köpenick mit Gästen aus Erkner, Bernau und Magdeburg, die Anfang Oktober 2008 nach Tschechien stattgefunden hat, berichten, die belegt, dass »Stasi-Rentner« in solidarischer Gemeinschaft mit Rentnern aus den Reihen der Volkspolizei, der Zollverwaltung und der NVA der DDR nicht erst »mobil machen«, vielmehr bereits sehr mobil sind.

Wir bereisten die Region Südmähren und machten auch einen »Abstecher« in die angrenzende Slowakei. Wir bewunderten die Schönheit der national und UNESCO-geschützten Natur und der historischen Bauten. Eine lebendige Folklore mit Zimbal-Musik, Gesang und Tanz begeisterte uns an den Abenden. Und nicht nur das: Sie reizte uns zum Mitmachen, zum Tanzen, Singen und Lustig sein. Kein Wunder, dass bei den Reiseteilnehmern die spontane Bereitschaft entstand, die Folkloreensembles von der Kindertanzgruppe bis zum professionellen Orchester mit einer Spende zu unterstützen. Im direkten Gespräch mit den Gastgebern, die uns bewirten und betreuen, spürten wir auch eine kritische Haltung zur aktuellen Politik der tschechischen Regierung. Mit gemischten Gefühlen wird der Einführung des EURO entgegengesehen, und die Stationierung so genannter US-Abwehrkästen in Tschechien beunruhigt wohl eher die Menschen, als dass sie ihr zustimmen. So fühlten wir uns auch politisch mit unseren Gastgebern in harmonischer Nachbarschaft.

Ja, wir waren, sind und bleiben mobil, Herr Autor der »Volkszeitung«, denn wir gehören zum Volk. Wir lassen uns die Freude an gemeinsamen Treffen bei Kaffee und Kuchen, an Radtouren, an Skatnachmittagen sowie derartigen Reisen, wie wir sie im Oktober 2008 unternommen haben und auch in den folgenden Jahren unternehmen werden nicht durch das

>>> Fortsetzung von Seite 4

noch herrschende Rentenunrecht, nicht durch Diskriminierung, Verleumdung und Einschüchterung, auch nicht durch »Warnungen über Mobilmachung von Stasi-Rentnern« in einer »Volkszeitung« nehmen, gleich gar nicht das Recht, um eine wertneutrale Rente zu streiten.

Manfred Wild

★

Die nächsten Schritte auf einem erneuten Weg zum Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erläuterte der Vorsitzende der TIG **Prenzlau** Hans Möllenberg während einer Mitgliederversammlung der TIG Prenzlau Ende Oktober. Er würdigte dabei auch den nunmehr 15jährigen Kampf der uckermärkischen ISOR-Mitglieder gegen den Missbrauch des Rentenrechts als politisches Strafrecht.

Auch das aktuelle Thema, Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West kam zur Sprache. In diesem Zusammenhang machte der TIG-Vorsitzende mit einem Antwortschreiben aus der Bundestagsfraktion der LINKEN an den Prenzlauer TIG-Vorsitzenden bekannt. Darin wird die Position der Bundestagsfraktion hervorgehoben, dass 18 Jahre nach der Herstellung der deutschen Einheit und bei ständig steigenden Lebenshaltungskosten sofortiges Handeln geboten sei.

Die Arbeitsgruppe Recht informierte über Wissenswertes zur erneuten Gesundheitsreform und zur Abgeltungssteuer ab 2009.

Benno Butschalowski

Aus der Postmappe:

Rentenanpassung dringend geboten

Der Widerspruch aus Wirtschaftskreisen gegen die vorgesehene Rentenanpassung um 2,75 Prozent im Juli 2009 ist ein weiterer Versuch, das Rentensystem in Misskredit zu bringen, nachdem die Versuche, die Umstellung auf die Kapitaldeckung zu erreichen, jämmerlich gescheitert sind. Die Politik ist jetzt aufgefordert, diesen durchsichtigen Bemühungen zu widerstehen. Die gesetzliche Rente soll offenbar derart verringert werden, bis jedes Vertrauen in das System verloren gegangen ist.

Jahrelang ist versucht worden, die Rente schlecht zu reden. Gleichzeitig wurde den Menschen empfohlen, durch Erwerb von Aktien und Zertifikaten für das Alter vorzusorgen. Dieses ganze Denkgebäude ist jetzt jämmerlich in sich zusammengefallen.

Die Pensionsfonds, die es in den USA und Großbritannien gibt, haben die Finanzkrise durch ihren Renditehunger wesentlich mit verursacht. Jetzt haben sie schwere Verluste hinnehmen müssen und die älteren Menschen bangen nicht nur in Amerika sondern in der ganzen Welt um ihre Altersversorgung. Ich mache mich auf das Schlimmste gefasst und glaube den Bemühungen der Politik nicht, das Vertrauen der Bürger wieder zurückgewinnen zu wollen. Die deutschen Rentner haben in den letzten Jahren erhebliche Verluste erlitten. Anpassungen hat es nicht gegeben, gleichzeitig sind die Preise teilweise drastisch gestiegen. Die Gesundheitsreform wird die Rentner mehr als andere Gruppen zusätzlich belasten, zumal sie von der beabsichtigten Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung nicht profitieren. Deshalb ist die bescheidene Anpassung dringend geboten.

Heini Koch, Mihla

★

Von Mitglied zu Mitglied gelesen und das Wohn- und Ferienheim Heideruh e.V. für einen Besuch ausgewählt!

»Heideruh« befindet sich direkt im Wald, man ist somit unmittelbar mit der Natur verbunden und

Waldspaziergänge bieten sich an. So wie »Heideruh« auf den Gast einwirkt, so ist auch die Atmosphäre im Haus. Man kommt zu Freunden und ist gern gesehen. Es ist eine familiäre Stimmung. Für das leibliche Wohl sorgt ein guter Koch und der Tisch wird gut gedeckt – es schmeckt gut und wenn die Glocke erklingt, wird in gemütlicher Runde die Mahlzeit eingenommen. »Heideruh« ist in allem ein Ort für Erholung und Entspannung. Es ist aber auch ein Ort der Besinnung wenn man sich mit der Entstehungsgeschichte befasst. Das Motto von »Heideruh«, das Hamburger Antifaschisten 1945 prägten, lautet »Damit niemals geschehe, was gestern geschah«. Liebe Freunde, »Heideruh« wartet auf uns – wir sind gern gesehen. **Günter Krenkel, Rostock**

Auf dem Büchermarkt:

Horst Jäkel (Hrsg.)

DDR – unauslöschbar

aus der Reihe »Spuren der Wahrheit«, GNN Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz
Tel.: 034204 / 65711
ISBN 978-3-89819-283-5 – Preis: 20 Euro

★

H. Müller, M. Süß, H. Vogel

Die Industriespionage der DDR – Die wissenschaftlich-technische Aufklärung der HVA

Verlag Edition Ost
ISBN 978-3-360-01099-5 – Preis: 14,90 Euro

★

Sonderdrucke der GRH:

(erhältlich in der Geschäftsstelle der GRH
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel./Fax: 030/29784225)

> **Arbeitsgruppe Sport:
Olympische Spiele in Peking – Festtage
für Völkerverständigung und Frieden**

> **Arbeitsgruppe Grenze:
Menschenrechte DDR – BRD – Heute**
einige Tatsachen und Zusammenhänge

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 24.10.2008

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.11.2008

Einstellung im Internet: 05.12.2008

Auslieferung: 11.12.2008

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 – Sekretariat

29 78 43 16 – Geschäftsführer

29 78 43 17 – AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr